



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Information

Potsdam, 05.11.2014

**Bericht des Oberbürgermeisters Jann Jakobs
in der Stadtverordnetenversammlung am 5. November 2014**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrte Damen und Herren,
folgende Themen möchte ich Ihnen heute vorstellen:

Themen:

- Aufnahme von Flüchtlingen
- Reise nach Sansibar
- Gedenkveranstaltungen der kommenden Tage
- 10 Jahre Europäische Städtekoalition gegen Rassismus

Aufnahme von Flüchtlingen

Laut UNO-Berichten sind aktuell mehr als 51 Mio. Menschen auf der Welt auf der Flucht bzw. aus ihrer Heimat vertrieben. Die Flüchtlingswelle trifft vor allem diejenigen Staaten, die in unmittelbarer Nähe der Krisenherde liegen.

Die Bundesrepublik hilft vor Ort mit der Lieferung von Hilfsgütern in die betroffenen Staaten. Darüber hinaus nimmt auch Deutschland immer mehr Flüchtlinge auf – von rund 28.000 im Jahr 2008 über rund 78.000 im Jahr 2012 bis zu geschätzten 200.000 in diesem Jahr. Angesichts dieser Zahlen kann es niemanden wundern, wenn auch bei uns in Potsdam eine größer werdende Anzahl Flüchtlinge Schutz sucht. Ich hatte Ihnen bereits in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Situation dargestellt, die dringender Entscheidungen bedarf. Wir müssen in diesem Jahr noch 200 Personen aufnehmen und im nächsten Jahr geschätzt 450.

Friedrich-Ebert-Str. 79-81 | 14469 Potsdam
Tel. 0331 289-1262 | Fax 0331 289-1265
E-Mail: Presse@Rathaus.Potsdam.de
Pressesprecher: Stefan Schulz
www.potsdam.de

Deshalb legen wir Ihnen heute einen Dringlichkeitsantrag vor, zu dem wir um Ihre Zustimmung bitten. Frau Müller-Preinesberger wird den Antrag nachher einbringen und auf die Details eingehen. Es bleibt bei unserem Ziel, keine Unterkünfte in Turnhallen oder Zeltstädten entstehen zu lassen. Um solch eine Situation möglichst zu vermeiden, benötigen wir auch Ihre Unterstützung. Unterstützung brauchen auch die Träger und Unternehmen, die sich bereit erklären, uns bei der Pflichtaufgabe der Unterbringung zu helfen.

Mein Dank gilt Frau Müller-Preinesberger und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in einem engagierten Einsatz das Beste für die Landeshauptstadt und die unterzubringenden Menschen herausholen wollen.

Die zeitliche Dringlichkeit erlaubt es derzeit nicht, alle gewollten Qualitätsstandards bei der Unterbringung zu erfüllen. Das ist jedoch nicht die Schuld der Stadtverwaltung oder der Träger, die die Unterkünfte zur Verfügung stellen. Es ist schlichtweg der Situation geschuldet, in der sich die Bundesrepublik und damit das Land Brandenburg und wir derzeit in dieser Frage befinden.

Wir wissen natürlich, dass die Unterbringung von Flüchtlingen viele Fragen bei den Potsdamerinnen und Potsdamern auslösen. Wir suchen daher ganz bewusst das Gespräch mit Anwohnern und versuchen die Standorte der Unterbringung auf die ganze Stadt zu verteilen. Der Ihnen vorliegende Dringlichkeitsantrag macht dies auch deutlich.

Potsdam hat bereits 2008 ein breit abgestimmtes Integrationskonzept verabschiedet, in welchem die Ausrichtung der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen beschrieben ist. Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen setzt nach diesem Konzept zwei Dinge voraus:

1. verlässliche Angaben zur Anzahl der unterzubringenden Menschen und
2. genügend zeitlichen Vorlauf, um das Konzept insbesondere unter den Rahmenbedingungen des Potsdamer Wohnungsmarktes zu verwirklichen.

Beides ist derzeit nicht gegeben.

Bezüglich der Anzahl der unterzubringenden und zu integrierenden Flüchtlinge musste Potsdam in dem zurückliegenden Jahr erleben, dass die Zahlen ständig nach oben korrigiert wurden, was die Vorbereitungen zur Aufnahme deutlich erschwerte.

Kern des Integrationskonzepts aus 2008 ist die zentrumsnahe Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen oder Wohnverbänden nach 12 Monaten. Aktuell ist das wesentliche Problem die Tatsache, dass der Potsdamer Wohnungsmarkt einschließlich der städtischen Wohnungsbaugesellschaft angesichts der eben genannten Zahlen den hierfür benötigten Wohnraum in angemessenem Kostenrahmen nicht zeitnah zur Verfügung stellen kann.

Daher müssen wir nun nach einem Stufenkonzept vorgehen: Neben der schnellen Schaffung von Gemeinschaftsunterkünften streben wir an, den Aufenthalt der einzelnen Flüchtlinge dort zeitlich zu begrenzen, indem die Anstrengungen zur Realisierung von Wohnverbänden beibehalten werden. Das ist, und ich betone das ausdrücklich, keine Aufgabe der Inhalte des Integrationskonzeptes.

Denn wir wollen die Integration! Die Menschen, die aktuell zu uns kommen, weil sie aus ihrer Heimat flüchten müssen, bringen Erfahrungen und Fähigkeiten mit, die wir in Potsdam gut gebrauchen können. Facharbeiter werden auch in Potsdam gesucht.

Viele der Menschen, die in Potsdam ankommen, wollen arbeiten und sich in die Gesellschaft einbringen. Das belegt zum Beispiel die Teilnahme an unseren Deutschkursen, die wir aus kommunalen Mitteln anbieten: Es bedarf keiner Verpflichtung der Flüchtlinge, deutsch zu lernen. Sie kommen von selbst, um sich verständigen zu können und um sich in die Gesellschaft integrieren zu können.

Potsdam hat in seiner Geschichte schon oft von Zuwanderung profitiert. Ich bin mir sicher, wenn wir die richtigen Entscheidungen treffen und uns um die neuen Einwohner unserer Stadt bemühen, wird dies auch weiterhin so sein.

Reise nach Sansibar

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 7. März 2007 beschlossen, dass Potsdam eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Dritten Welt anstrebt. In diesem Zusammenhang hat die Stadtverordnetenversammlung auch beschlossen, Etappen zu einer Partnerschaft mit Sansibar-Stadt zu gehen. Damals waren es der Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“, der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs sowie die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft, die um solch einen Weg geworben haben.

Da wir der Überzeugung sind, dass Städtepartnerschaften keine Angelegenheit von Verwaltungen sein sollten, sondern von Akteuren aus der Stadtgesellschaft, hatten wir uns im Anschluss um Schulen, wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen bemüht, die eine Partnerschaft anstreben würden.

Im Laufe der vergangenen Jahre haben sich dann unterschiedliche Anknüpfungspunkte gefunden. So ist Sansibar-Stadt wie wir Stätte des UNESCO-Welterbes, ein Austausch bietet sich im Bereich des Klimaschutzes und der Gesundheitsversorgung an. Denkbar sind auch wirtschaftliche Kontakte. Entsprechend setzte sich auch die Delegation zusammen, die mich dankenswerter Weise und übrigens auf eigene Kosten nach Sansibar begleitet hat.

Erstes Ergebnis war die Unterzeichnung einer Klimapartnerschaftserklärung, in der es vor allem um den Austausch von Daten- und Kartenmaterial und um Wissensaustausch geht. Sansibar ist als Insel selbst besonders betroffen vom Anstieg des Meeresspiegels, zunehmend stärkeren Stürmen und Überflutungen sowie von der Versalzung von Grundwasservorkommen durch hohen Grundwasserverbrauch. Bei einem Besuch der Universität von Sansibar konnten wir uns über die Klimastrategie der Regionalregierung informieren.

Über die lokalen Wirtschaftsstrukturen konnten wir uns bei einem Treffen mit der örtlichen Wirtschaftsförderung informieren. Neben Fragen der Infrastruktur ist es der Fachkräftebedarf, der nicht nur bei uns, sondern auch dort eine große Rolle spielt. Die IHK will deshalb in Fragen der Berufsausbildung und der Qualifizierung mit Sansibar kooperieren.

Als weiteren Anknüpfungspunkt konnten die Ärzte des Klinikums Ernst von Bergmann vereinbaren, ärztliches Personal in Potsdam zu schulen und ganz konkret einem Krankenhaus in Dar es Salaam beim Aufbau einer Muttermilch-Bank zu helfen.

Auch mit dem deutschen Botschafter in Tansania konnten wir sprechen, der uns noch einmal einen wertvollen Überblick über die Entwicklung des Landes und damit die Rahmenbedingungen für eventuelle Partnerschaften geben konnte.

Im kommenden Jahr will uns eine Delegation aus Sansibar hier in Potsdam besuchen. Ich kann mir durchaus vorstellen, eine Städtepartnerschaft einzugehen. So wie bei allen anderen Partnerschaften lebt diese aber natürlich nur dann, wenn sich viele Potsdamerinnen und Potsdamer dafür engagieren.

Gedenkveranstaltungen der kommenden Tage

Das kommende Wochenende steht auch in der Landeshauptstadt ganz im Zeichen von Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen. Die zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen, die anlässlich der friedlichen Revolution in Potsdam und Umgebung stattfinden, können sich sehen lassen. Eine Veranstaltungsübersicht finden sie auf unserer Internetseite. Dort sind alle Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen, Lesungen und Feste aufgeführt.

Lassen Sie mich dennoch zu 4 ausgewählten Veranstaltungen etwas sagen:

Am 7. November werden wir um 11.30 Uhr in der Karl-Marx-Straße 11, in Babelsberg, die letzte der vier Gedenktafeln „Gerechte unter den Völkern“ enthüllen. Das Ehepaar Annemarie und Helmuth Sell bekommt damit einen Platz unter den Potsdamern, die sich mutig dem Verfolgungswahn des NS-Unrechtsregimes entgegenstellten. Mit gefälschten Pässen halfen die Sells jüdischen Freunden zur Ausreise. Der Initiative von Davyd Rozenfeld ist es zu verdanken, dass wir die Ehrung der Gerechten unter den Völkern auch in Potsdam vornehmen können. Er wird am Freitag bei der Gedenkfeier dabei sein. Ich lade auch Sie herzlich dazu ein.

Am 9. November werde ich gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank und dem Groß Glienicker Kreis sowie dem Ortsvorsteher Franz Blaser die Mauergedenkstätte in Groß Glienicke einweihen. Ich freue mich, dass wir die Entwicklung dieses Gedenkortes gemeinsam mit dem Bezirk Spandau realisieren und im Jubiläumsjahr gemeinsam einweihen. Wir treffen uns am 9. November um 15.30 Uhr im Gutspark Groß Glienicke; auch hierzu lade ich Sie herzlich ein.

Anschließend laden wir zur Gedenkstunde anlässlich der Reichspogromnacht um 17 Uhr an den Standort der ehemaligen Synagoge am Platz der Einheit ein, die wie in den Jahren zuvor von den jüdischen Gemeinden, den christlichen Kirchen und der Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam gestaltet wird.

Am Montag schließlich, am 10. November, werden wir mit unserer Veranstaltung „Aus dem Dunkel ins Licht: Gedenken, Erinnern, Strahlen“ die Glienicker Brücke zum Strahlen bringen und mit zahlreichen Zeitzeugen an den 9. und 10. November 1989 erinnern.

Während die Mauer zwischen Ost- und West-Berlin bereits gefallen war, blieb die Glienicker Brücke bis zum Abend des 10. November 1989 geschlossen. Beiderseits der Brücke warteten die Menschen an jenem Abend auf ihre Eröffnung.

Gemeinsam mit Ihnen möchte ich diesen besonderen Moment erleben und lade Sie auch hierzu herzlich ein. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr an der Glienicker Brücke.

Die Tagung „Schattenorte“ zu Stadtgeschichte und Stadtgestaltung, die wir gemeinsam mit dem Zentrum für zeithistorische Forschung vorbereitet haben, musste leider wegen des Streiks bei der Deutschen Bahn abgesagt werden. Wir wollen sichergehen, dass auch alle Referenten und Teilnehmer anreisen können. Sobald ein neuer Termin gefunden ist, werden wir diese Tagung im kommenden Jahr nachholen.

10 Jahre Europäische Städtekoalition gegen Rassismus

Seit Juli 2012 wird die Geschäftsstelle der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus durch die Potsdamer Sicherheitskonferenz wahrgenommen. Die Landeshauptstadt hat sich außerdem an zwei Konferenzen der Städtekoalition zu den Themen „Toleranzedikt“ sowie „Gedenk- und Erinnerungskonzept“ beteiligt.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Europäischen Städtekoalition fand in Nürnberg am 17. und 18. Oktober ein Treffen der Mitglieder statt, an dem auch ich teilgenommen habe. Neben dem Gastgeber, Oberbürgermeister Dr. Maly, und Kolleginnen und Kollegen aus Schweden und Österreich habe ich mich an der Diskussion zum Thema "Europäische Städte und ihr Umgang mit Rassismus" beteiligt. Im Fokus standen dabei die Herausforderungen durch globale Wanderungen, Flüchtlingsströme und die Weltwirtschaft. Es ging um die Frage, wie weiterhin in unseren Städten grundlegende Rechte für Alle bei einer wachsenden Vielfalt der städtischen Bevölkerungen garantiert werden können.

Bei meinen vielfältigen Gesprächen am Rande dieses Treffens wurde mir auch Dank für das Engagement der Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen der Städtekoalition entgegengebracht, den ich gern auch Ihnen hiermit weitergebe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“